Die Zeiten, in denen die klassischen Medien noch „Leitmedien“ waren und gesellschaftliche Prozesse angestoßen haben, sind offenbar vorbei. Egal ob es sich um die Proteste gegen Stuttgart 21 oder die der Occupy-Bewegung handelt – die Berichterstattung der klassischen Medien war und ist lediglich eine Reaktion auf die ehrliche Frustration der Bürger. Anstatt gesellschaftliche Entwicklung progressiv zu gestalten oder gar auszulösen, hinken die Medien der Entwicklung auf verlorenem Posten hinterher und beschränken meist sich entweder auf die bloße neutrale Berichterstattung oder verlieren sich in verbalen Rückzugsgefechten der Leitartikler. Von Jens Berger

Um in die Gedankenwelt einiger Leitartikler einzutauchen, lohnt sich ein Blick auf drei Meinungsartikel, die in den letzten Tagen von drei einflussreichen Blättern publiziert wurden:

- Dirk Benninghoff (Stern) – Alle auf den Falschen
- Marc Beise (Süddeutsche Zeitung) – Billig-Angriff auf die Banker
- Miriam Schröder (Tagesspiegel) – Regierungen und Banken sind Komplizen

Während nicht nur in Deutschland zehntausende Menschen auf die Straßen gehen, um gegen die Macht des Finanzsystems und die daraus resultierende Ohnmacht der Politik ein Zeichen zu setzten, haben die genannten Leitartikler nichts besseres zu tun, als die Demonstrationen als „jugendlich-naives-Banken-Börsen-Bashing“ (Benninghoff) und „Billig-Angriff“ (Beise) abzukanzeln. Obgleich keiner der Autoren es wagt, die Finanzbranche kollektiv von jeglicher Mitschuld an der Misere freizusprechen, relativieren sie die Verantwortung der Branche als Aussetzer einiger „schwarzer Schafe“ (Beise). Dirk Benninghoff sieht die Banken sogar als „Leidtragende der Krise“ und nicht als „deren Auslöser“.

Der Staat als Schuldiger

Ursächliche Schuld an der Krise – darin sind sich Beise und Schröder einig – sei vielmehr der Wunsch der amerikanischen Regierung, ihren Bürgern den Erwerb von Wohneigentum zu ermöglichen. Selbstverständlich verlieren Beise und Schröder kein Wort darüber, dass es die Banken waren, die durch die Kreation komplett intransparent gebündelter, forderungsbesicherter Papiere (ABS) die Subprime-Krise erst ermöglicht haben. Kein Wort auch darüber, dass es die Rating-Agenturen waren, die diese Papieren mit einem AAA-Rating von jedem Ausfallrisiko freisprachen, und dass es Banken und Fonds waren, die

diese Papiere in betrügerischer Absicht so strukturierten, dass sie ausfallen mussten, während man selbst bereits auf eben diesen Ausfall gewettet hat.


© Claus Hübner

Für alle drei Autoren sind nicht die Banken, sondern der Staat der Hauptverantwortliche für die heutige Krise. Dies nicht etwa wegen der mangelhaften Regulierung des Finanzsystems, was durchaus diskussionswürdig wäre, sondern – man ahnt es – weil sich der Staat bei den Banken verschuldet hat und nun plötzlich als unsolider Schuldner gelten soll. Selbstverständlich kommt keiner der Autoren auch nur auf die Idee, dass der steile Anstieg der weltweiten Staatsschulden etwas mit den Exzessen an den Finanzmärkten zu tun haben könnte und dass es die billionenschweren Rettungspakete waren, die ursächlich für die Steigerung der Staatsverschuldung verantwortlich waren. Anstatt über die Fehler des Finanzsystems zu reflektieren und die Empörung der Menschen ernst zu nehmen, plappern die drei genannten Leitartikler lieber die Argumentationsbausteine der Bankenlobby nach. Dies ist nicht weniger als ein Offenbarungseid für den kritischen Journalismus.

Viel Spreu, sehr wenig Weizen

Es sind jedoch keinesfalls nur die drei genannten Autoren, die sich nicht eben mit Ruhm bekleckern. Die Liste der belanglosen bis dümmlichen Kommentare ist zu lang, um sie hier einzeln abzuarbeiten. Da gibt es einen Henyrk M. Broder, der die Occupy-Demonstranten in grotesker Weise in die Nähe von Nationalsozialisten und Antisemiten rückt, einen Jürgen Falter, der die Demokratie durch die Demonstrationen gefährdet sieht und einen Frank Schmiechen, der den Demonstranten allen Ernstes empfiehlt, anstatt Wut und Empörung

doch lieber Demut zu zeigen – diese Chuzpe muss man erst einmal haben.



© Guido Skipka

Der Vollständigkeit halber sei jedoch erwähnt, dass nicht alle Leitartikel zu diesem Thema so katastrophal ausfielen, wie die hier genannten – als positives Beispiel sei hier der Kommentar vom FR-Autoren Stephan Hebel genannt. Ein Hebel, eine Herrmann und ein Fricke machen jedoch noch keinen Sommer. Die wenigen guten Artikel, die unsere Leser auch aus unseren Hinweisen des Tages kennen dürften, sind eher die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Seien es die Anti-Atom-Bewegung, die Stuttgart-21-Gegner oder nun die Occupy-Bewegung – die außerparlamentarische Opposition findet nicht wegen, sondern trotz der medialen Berichterstattung statt. Die Aufgabe der kritischen Berichterstattung und des Vordenkens haben – vor allem im Internet – längst Andere übernommen, die klassischen Medien hecheln diesen Trends bestenfalls hinterher oder betätigen sich schlimmstenfalls sogar als letzte Bastion gegen dringend notwendige Reformen des Finanzsystems.